

Planfeststellung Neuverlegung der Ferngasleitung FGL 012

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich teilweise im planfestgestellten Geltungsbereich zur Neuverlegung der FGL 012. Gemäß § 43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sind Gasversorgungsleitungen mit einem Durchmesser von mehr als 300 mm planfeststellungsbedürftig. Gemäß § 9 Abs. 6 BauGB sind nach anderen Vorschriften getroffene Festsetzungen in den Bebauungsplan nachrichtlich zu übernehmen. In einem Bebauungsplan ist es prinzipiell zulässig, auch planfestgestellte (bzw. demnächst der Planfeststellung unterliegende) Flächen zu überplanen. Die Voraussetzung ist, dass der Bebauungsplan nicht den Inhalten der Planfeststellung widersprechen darf.¹

Die ONTRAS Gastransport GmbH hat für die Neuverlegung der Gasleitung ein Planfeststellungsverfahren beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LGBR) beantragt. Dieses hat als zuständige Planfeststellungsbehörde den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss (Az. 27.1-1-55) erlassen. Die Leitung verläuft im Landkreis Oberspreewald-Lausitz im Gebiet der Stadt Lauchhammer und im Landkreis Elbe-Elster im Amt Plessa (Gemeinde Plessa), im Amt Schradenland (Gemeinde Gröden), in der Stadt Elsterwerda und in der Gemeinde Röderland (OT Prösen). Das Vorhaben betrifft einen ca. 21 km langen Abschnitt. Aus den Planfeststellungsunterlagen geht hervor, dass ein Schutzstreifen von 6 m Breite von Bebauung freizuhalten ist. Hier dürfen gemäß dem Erläuterungsbericht zur Planfeststellung bauliche oder sonstige Anlagen nicht errichtet werden und auch keine Einwirkungen oder Maßnahmen vorgenommen werden, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Leitungen und Energieanlagen beeinträchtigen oder gefährden. Der Schutzstreifen wird gehölzfrei gehalten. Außerdem wird ein Arbeitsstreifen von 22,5 m Breite für die Bauphase benötigt (inklusive des Schutzstreifens). Im Bereich der L 59 ist der Arbeitsstreifen etwas breiter. Der Streifen wird für die Lagerung von Oberboden und Aushubmaterial sowie für den Rohrgraben, das vorgeschweißte Rohr und die Fahrspur für die Rohrausleger- und Transportfahrzeuge benötigt. Für die bauzeitliche Nutzung des Arbeitsstreifens (inkl. Zufahrten) wird mit den Eigentümern und Nutzungsberechtigten Bauerlaubnisse abgeschlossen. Der Arbeitsstreifen wird nach der Bauzeit aus der Planfeststellung entlassen, sodass dessen Anforderungen nicht mehr gelten; die Anforderungen des Schutzstreifens sind weiterhin zu beachten. Die Flurstücke, von denen Teile im Geltungsbereich des planfestgestellten Bereichs liegen, sind die Flurstücke 53, 57 und 206, Flur 1, Gemarkung Wainsdorf.

¹ BVerwG, Urt. v. 16.12.1988 – 4 C 48/86, NVwZ 1989, 655 (656 f.); dass., Beschl. v. 15.5.2013 – 4 BN 1.13, ZfBR 2013, 573.